

Abonnements
NACH DEM ALLEN SCHWELZERISCHEN
POSTWESEN, SOWIE BEIM VERLAG
UND DEN BEKANNTEN BÜCHERHÄNDLERN
MIGENOMMEN, UND WIE ZUR
BEWAHRUNG ZÄHLBAREN
WERTESCHUTZES BEI
H. H. — FÜR DIE SCHWEIZ (STRENGBAND)
FL. 3. — FÜR DEUTSCHLAND (GOLDBAND)
H. 1. 20 FÜR OESTERREICH (GOLDBAND)
H. 2. 20 FÜR ALLE ÜBRIGEN LÄNDER DES
NÖRDLICHEN HALBKUGELS (STRENGBAND).

Der Sozialdemokrat

Verlag
der
Sollschandlung
Göttingen, Zürich.
Postsendungen
franko gegen franko.
Schweizerische
Post der Schweiz führt
Doppelporto.

Inserate
Die dreispaltige Zeile
zu 100. — 20 Wp.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Nr. 23. Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schickt man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben. 2. Juni 1888.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Die bürgerliche Gesellschaft und die Prostitution.

Die Pariser Academie der Medizin hat sich vor einiger Zeit im Anschluß an die Debatten über die Ursachen der Bevölkerungsabnahme in Frankreich auch mit der Frage beschäftigt, welche weiteren vorbeugenden Maßregeln gegen die Verbreitung der Syphilis ergriffen werden könnten, deren verheerender Einfluß auf die Sterblichkeit der Kinder und damit die Bevölkerungsbewegung allgemein bekannt ist. Die Frage der Syphilis aber ist untrennbar von der Frage der Prostitution, und so erstreckte sich die Untersuchung naturgemäß auch auf dieses Thema.

Selbstverständlich lag den gelehrten Herren nichts ferner als der Gedanke, sich ernsthaft auf die Frage der Beseitigung der Prostitution einzulassen. Aus der bürgerlichen Klasse hervorgegangen, durch ihre gesellschaftliche Stellung an der Erhaltung der bürgerlichen Institutionen interessiert und infolge dessen mit allen bürgerlichen Vorurtheilen behaftet, läßt sie im Gegentheil ihre Aufgabe lediglich dahin auf, zu untersuchen, wie kann man die Prostitution erhalten ohne ihre nachtheiligen Folgen, und wie kann dieses Resultat am besten erreicht werden ohne Unbequemlichkeiten für die Herren Bourgeois?

Das ist bekanntlich allerorts der leitende Gesichtspunkt bei der sogenannten Bekämpfung der Prostitution. Die bürgerliche Gesellschaft kann auf die Prostitution nicht verzichten, dieselbe ist die notwendige Ergänzung der bürgerlichen Ehe. Die bürgerliche Ehe ist ein Vertrag, bei dem neben ökonomischen und sozialen Interessen meist — nicht immer — auch das geschlechtliche Moment eine Rolle, aber nur in sehr seltenen Fällen die ausschlaggebende Rolle spielt. In der bürgerlichen Gesellschaft schließt man die Ehe nicht, wenn die geschlechtlichen Voraussetzungen einer solchen gegeben, sondern wenn ihre ökonomischen u. Bedingungen erfüllt sind. Eine Ehe, bei der das Erstere, aber nicht das Zweite der Fall, gilt als unehelich, führt auf allgemeine Verurtheilung; umgekehrt fragt kein Mensch nach den geschlechtlichen Voraussetzungen, sobald die ökonomischen und sozialen in bester Ordnung sind. Man macht sich aber beim Menschen der Geschlechtstrieb in viel früherem Alter geltend, als der Angehörige der honesten Gesellschaft heirathsfähig ist, d. h. eine „Position“ hat. Er nimmt also seine Zuflucht zur Prostitution. Und heirathet er später, so heißt es gar bald: „Und was ich als Ritter d. h. Junggeselle gepflegt und gethan, nicht will ich's als Herrscher“ entbehren.“ Auf diese Weise erwirbt die Prostitution ihre, wenn der Ausdruck gestattet ist, gesellschaftliche Legitimität.

So weit wäre nun alles in bester Ordnung, wenn nicht ein störender Faktor dazwischen käme: die öffentliche „Moral“. Wie das Wertgesetz der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft sich nur durch seine Verletzungen verwirklicht, so auch die politischen, sozialen Einrichtungen und mit ihnen die Moral derselben. Die bürgerliche Moral verdammt Ausbeutung, Uebervortheilung, überhaupt jede Ungleichheit, aber die bürgerliche Gesellschaft kann ohne Ausbeutung, Uebervortheilung, Klassenunterschiede nicht bestehen. Sie hilft sich über diesen Gegensatz hinweg, indem sie die unbequemen Dinge möglichst ignoriert, ihr öffentliches Zutagetreten nach Kräften verhindert. Das geht aber leider bei der Prostitution nicht an. Sie selbst könnte man allerfalls weglugnen, wie die Ausbeutung, oder ignorieren wie den Schwindel in der Konkurrenz, aber die Syphilis! Die läßt sich leider weder ignorieren noch verläugnen.

So befinden sich denn alle Bourgeois-Philantropen und Sozialheilbesessenen gegenüber der Prostitution in dem Dilemma: Entweder der Syphilis und ihren Verheerungen freien Lauf zu lassen oder die Prostitution unumwunden als sozialen Faktor anzuerkennen und nach Möglichkeit zu „reguliren“, denn darauf laufen die Maßregeln gegen die Verbreitung der Syphilis durch die Prostitution hinaus. Gegen die Erstere spricht das Interesse, gegen das Letztere die „Moral“ der bürgerlichen Gesellschaft. Wie über dies Dilemma hinwegkommen? Nun, die Sache ist sehr einfach. Man „regulirt“ die Prostitution in einer Weise, die einer Bekämpfung zwar nicht gleichkommt, aber doch gleichsieht. Dann ist der „Moral“ und dem Interesse der Gesellschaft Genüge geschehen. Die Kosten tragen die Opfer der schönen Institution — die Prostituirten.

In einem Artikel in der „Revue socialiste“ gibt das ehemalige radikale Pariser Gemeinderathsmittelglied Dr. Fiang sehr interessante Zahlen über die Resultate dieses Systems, das seit Jahren in Frankreich im Schwange ist. Kein Mensch, der die französischen und speziell die Pariser Verhältnisse kennt,

wird behaupten wollen, daß die Prostitution in Frankreich zurückgeht, was aber in wahrhaft erstaunlichem Grade zurückgeht, das sind die Zahlen der offiziell anerkannten Prostituirten.

Seit nahezu fünfzig Jahren geht die Zahl der bei der Pariser Polizeipräfektur eingeschriebenen Prostituirten und der „geduldeten“ öffentlichen Häuser (d. h. Bordelle) unausgesetzt zurück. Die Bordelle sind in den Augen der Sittenpolizei das „kleinere Uebel“. Sehen wir, wie es mit ihnen steht: Paris hatte im Jahre:

Jahr	235 öffentliche Häuser mit zusammen	1450 Insassen
1843	235	1450
1852	219	1637
1855	204	1852
1860	194	1929
1865	172	1519
1870	152	1066
1875	134	1149
1880	133	1041
1883	94	1030
1884	91	961
1885	81	918
1886	(?)	792

Was hier neben der allgemeinen Abnahme der Bordellinsassen ins Auge fällt, ist die zunehmende Konzentration derselben in einzelnen Häusern. 1843 kamen auf ein öffentliches Haus noch nicht 7, 1860 nicht ganz 9, 1885 aber über 11 Insassen. Man kann daraus, ohne sich der Uebertreibung schuldig zu machen, den Schluß ziehen, daß auch auf diesem Gebiet die „Gesetze des Kapitalismus“ sich geltend machen. Die Bourgeoisie stellt immer größere Ansprüche an Komfort, und diesen kann nur da entsprochen werden, wo der größere Absatz vorhanden. Die Abnahme der offiziellen Bordelle erklärt sich wohl am besten durch die Zunahme der Tanzlokale und sonstigen Etablissements, in denen die „freie Prostitution“ blüht. Im „Eden“ Theater, und wie die paradiesischen Institute sonst noch heißen, findet der Besucher eine weit größere Auswahl von künstlichen oder richtiger verkünstlichen — denn sie sind auch nur Waaren in der Hand bestimmter Unternehmer — Schönheiten als in den reichsausgestatteten Bordells. Nur herrschen die Gesetze von Angebot und Nachfrage freier.

Sehen wir uns nun die Zahl der eingeschriebenen Prostituirten in ihrer Gesamtheit („freie“ und in Bordellen lebende) an: Paris hatte im Jahre:

Jahr	995,000 Einwohner	3027 eingeschriebene Prostituirte
1840	995,000	3027
1869	1,825,000	3721
1880	2,200,000	3552

Man sieht, trotz wachsender Bevölkerung beständige Abnahme. Bis zum Jahre 1884 war die Zahl der eingeschriebenen Prostituirten sogar auf 2917 gesunken. Man sollte meinen, die Pariser Bevölkerung, die reichen Russen, Spanier, Griechen, Amerikaner, die nach Paris gehen, um den Schweiß der heimischen Arbeitsklaven zu verjubeln, seien die wahren Tugendengel geworden.

Daß dem nicht so ist, weiß, wie gesagt, alle Welt. Wie aber erklärt sich der obige Rückgang? Ganz einfach dadurch, daß die Zahl der „Verlorenen“ zunimmt. Alljährlich „verliert“ nämlich die Sittenpolizei die „Spuren“ einer Anzahl von Prostituirten, die sie in ihre Bücher einschreibt. Und die Zahl der Mädchen, die sich auf irgend eine Weise, (wahrscheinlich mit Hilfe eines „Vogelbude“) der polizeilichen Kontrolle entziehen, wächst von Jahr zu Jahr. Von 1854 bis 1872 stieg die Zahl der „Verschwundenen“ in beständiger Steigerung von 344 auf 813. 1873 betrug sie 1129, 1879 bereits 1751 und 1885 war sie auf 2112 angewachsen. Daß aber die betreffenden Individuen nicht aus den Reihen des Lasters in die der Tugend zurückverschwunden sind, zeigt die erschreckende Zunahme der Syphilis. Die Syphilis ist das böse Gewissen der Bourgeoisie, kein metaphysisches, das man mit frommen Sprüchlein zur Ruhe bringt, sondern ein sehr greifbares, das stürmisch Gehör verlangt, und wo es ihm vorenthalten wird, erzwingt.

Und was thut die Academie der Medizin? Nachdem sie das Uebel und die Unwirksamkeit der bisherigen Mittel konstatiert hat, einigt sie sich auf Vorschläge, welche nichts sind als Verstärkungen des bis jetzt herrschenden Systems. Sie verlangt eine schärfere Ueberwachung der Prostituirten und empfiehlt ein Reglement, nach welchem schon die „Anreizung“ als Vergehen bestraft werden soll. Schade, daß sie nicht hinzugefügt hat, was alles unter diesen Begriff fällt. Die praktische Wirkung dieses Vorschlages wäre natürlich nur eine weitere Verklabung der Opfer der heutigen gesellschaftlichen Schandwirtschaft, größere Abhängigkeit derselben von der Gnade der einzelnen Polizeisten. Von Maßregeln gegen die Männer, welche die Syphilis verschleppen, keine Silbe. Und doch ist jede allgemeine Bekämpfung der Syphilis ohne diese, wie jeder Mediziner weiß, zur Unwirksamkeit verurtheilt.

Aber freilich, die Herren der Schöpfung reglementiren, das hieße die persönliche Freiheit beeinträchtigen, eine unerhörte Tyrannei ausüben. Reglementiren, Kontrolliren, Insamiren ist nur gegen Die erlaubt, die durch ihre soziale Lage gezwungen sind, sich zu verkaufen — ihre Arbeitskraft, ihren Körper.

So trägt denn auch die Konsequenzen Eurer Halbheit und Verlogenheit, bis der Krug bis zum Rande voll ist. Der Zusammenbruch des Systems wird dann um so vollständiger sein.

Wie entsteht Kapital?

(Aus dem „St. Louis Tageblatt“)

Leute, die „zu Etwas gekommen“, pflegen gewöhnlich zu sagen, daß sie sich das Ihrige „erspart“ oder „zusammengespart“ haben; daß, mer nicht „spart“, auch zu nichts kommen kann.

Wichtig ist nur das Eine, daß Viele die ersten paar Thaler, welche die Grundlage zu ihrem späteren Kapital gebildet haben, „ersparten“, unrichtig ist aber, daß reiche Leute ihr „Kapital“ „erspart“ haben.

Wenn du von 1000 Thlr. jährlichen Einkommens 200 Thlr. zurücklegst, so sind die 200 Thlr., als Depositum in der Bank, oder in Börsenpapieren angelegt, wohl ein Ersparniß, aber kein Kapital; und selbst wenn du jedes Jahr 200 Thlr. zu deinen ersten Ersparnissen hinzulegst und die Summe durch Zins und Zinseszins in elf Jahren auf 2000 Thlr. steigt, so ist dein Geld immer noch kein „Kapital“.

Kaufst du aber von den ersparten 200 Thlr. vier Arbeits-Instrumente, sagen wir, vier Näh-Maschinen und stellst an jede Maschine einen Mann hin, um in deinem Auftrage gegen Lohn zu arbeiten, so haben sich deine 200 Thlr. plötzlich in Kapital verwandelt, welchem die Eigenschaft innewohnt, Kapital wieder zu erzeugen.

Wie geht das zu?

Die von dir beschäftigten Leute haben dir für den ausbedungenen Lohn (gleichviel ob Tag- oder Stücklohn) ein gewisses Quantum Arbeit zu leisten. Wenn dieses Quantum Arbeit nur so viel werth wäre, wie der ausbedungene Lohn, hättest du kein Interesse, die Leute zu beschäftigen; Jeder also, der von dir einen Thaler täglichen Arbeitslohn erhält, muß dir Arbeit liefern, welche mehr als ein Thaler werth ist. Du legst z. B. deinem Arbeiter einen Stoff hin, den er verarbeiten soll; Der Stoff habe 2 Thaler gelostet; für die Zuthaten, incl. Benutzung und Abnutzung der Maschine auf einen Tag rechnest du 1/2 Thlr., für Miethe und Licht ebenfalls 1/2 Thlr. Das wären 2 Thlr.; nun kommt der Arbeitslohn von 1 Thlr. hinzu; so daß dich das fertige Stück Waare 4 Thlr. kosten würde. Wenn du nun dasselbe bald für 5 Thlr. verkaufst, so ist die Differenz (der Unterschied) zwischen den Herstellungskosten (Produktionskosten) und dem Verkaufswert (Marktwert) 1 Thlr. Dieser 1 Thlr., den wir „Rehrwerth“ der Arbeit über den gewöhnlichen Arbeitslohn nennen, bildet die Grundlage des späteren Reichthums, wenn du jene Operation fortsetzt und vervielfachst, statt vier Arbeiter vierzig und mehr beschäftigst.

An dem 1 Thlr., den du am ersten Tage deines Etablissements durch die Arbeit eines Einzelnen verdient hast, bist du zwar nicht reich geworden, jener 1 Thlr. hat dir aber einen Wink gegeben, aus der 1 ein 100 zu machen, sobald die Umstände es gestatten, nämlich statt eines Arbeiters womöglich hundert zu beschäftigen.

Das ist das ganze Geheimniß der Kapitalbildung. Das Kapital entsteht, wie wir sehen, nicht durch die ausschließliche Arbeit, aber gar das Genie des Kapitalisten, sondern durch die von ihm bezahlte fremde Arbeit. Je mehr fremde Arbeit der Kapitalist in seine Dienste zieht, desto größer ist der „Rehrwerth“, den er aus der gemieteten oder gekauften Arbeitskraft herausbringt. Der Kapitalist mag unter Umständen „mitarbeiten“ oder mag einen Geschäftsführer mieten oder kaufen, das ändert an dem Resultat und dessen Entstehung nicht. Die Hauptsache ist, daß der Arbeitgeber die Waare nicht ohne fremde Arbeit herstellen kann, und daß lediglich diese Arbeit Anderer die Rohprodukte in eine Marktware verwandelt, welche einen höheren Marktwert hat, als das Rohprodukt und der Arbeitslohn zusammen ausmachen.

Der Arbeiter, welcher 1 Thlr. den Tag erhält, liefert nicht für 1 Thlr. Arbeit, sondern viel mehr als das, und diese überschüssige Arbeit bildet die Quelle des Reichthums für den Kapitalisten, d. h. den Arbeitgeber.

Wenn nun der durch fremde Arbeit Reichgewordene sagt, er habe „gespart“ und „gesammelt“, so ist das wohl in gewisser, aber nicht in jeder Beziehung richtig. Er hat „gespart“ und „gesammelt“, was Andere erarbeitet haben. Das ist kein Kunststück.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 30. Mai 1888.

— Unsere Berliner Genossen beschwerten sich, daß einer unserer deutschen Genossen in Nr. 21 in seinem „Brief aus Deutschland“ vom 13. Mai das letzte Berliner Flugblatt als das Nachwort eines „Nicht-Genossen“, der auf dem Wollenmarkt aus- und eingeht“, charakterisirt hat. Nun hatten wir, wie in der angefügten Note ausdrücklich beigefügt, das Flugblatt nicht zu Gesicht bekommen, konnten also darüber nicht urtheilen. Alle uns, namentlich in auswärtigen Parteiblättern, bekannt gewordenen Blätter sprachen aber für die Meinung unserer Korrespondenten; so z. B. brachte ein amerikanisches Parteiorgan aus dem Flugblatt als wörtliches Zitat unter Anführungszeichen („“) den Satz, daß die Hand, die das Eisen zu Stahl schmiedet, könne, vielleicht auch schon den Dolch geschliffen haben, der die deutsche Arbeiterschaft vor dem schmachvollen Regiment der mädchen-schänderischen Kronprinzen Wilhelm bewahren werde, und was dergleichen hirnlose Phrasen mehr waren.

Nachdem uns aber nunmehr das betreffende Flugblatt überhandt worden, können wir nur die Meinung eines anderen Genossen in Deutschland theilen, die wir an der Spitze unserer Rundschau in letzter Nummer abdruckten, daß nämlich obige Anschauung, das Flugblatt sei das Werk eines Polizeispitzels, durchaus falsch sei, daß aber auch alles Andere zutrifft, was in voriger Nummer über die ungeschickliche Sprache des Flugblattes u. s. w. von unserem deutschen Genossen gesagt ist.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir unsere Genossen in Deutschland um Zweierlei bitten: Erstens von allen Flugblättern, die sie verbreiten, jedenfalls auch an den „Sozialdemokrat“ einige Exemplare zu senden; dann kann dieser der systematischen Fällung und Berichtigung der Regierungs- und Bourgeoispresse von vornherein entgegengetreten und ihr die Spitze abbrechen. Und zweitens, davon abzugehen, unter ihre Flugblätter unsere Druckzettel anzubringen. Auch die zweite Bitte werden unsere Genossen in Deutschland in den Erfahrungen der letzten Tage begründet finden.

— Allerlei aus dem „Reich der Gottesfurcht und frommen Eitelkeit“. In letzter Nummer ward an einigen drastischen Beispielen dargestellt, wie die Haß gegen die Sozialdemokratie und die polizeiliche Ver-

folgend der berechtigten Arbeiterbestrebungen in deutschen Reichs ihren ungehörigen Fortgang nimmt. Aber nicht bloß die polizeiliche Verfolgung. Während die Polizei, heißt es in diesem Briefe aus Deutschland weiter, erliegt im Sinne des Herrn von Puttkamer die Streikbewegung lähm zu legen sucht und mit ihren brutalen Maßregeln bei den politisch indifferenten Arbeitern die Wille der frommen Denkhaltung in gährenden Drachengestalt verwandelt, so also mit Gewalt ins sozialdemokratische Lager treibt, streben die Unternehmern in den Unfallversicherungsgesellschaften darnach, dem letzten Rest von Sympathie für die offizielle „Sozialreform“ den Garauß zu machen. Vor einiger Zeit versuchten die Crimmitschauer Fabrikanten von ihren Arbeitern Unterschriften zu erpressen, monach sie bei gewissen Umständen keine Unfallentschädigung zu zahlen verpflichtet sein sollen. Ein gang und gar ungehöriges Vorgehen von Seiten, die gewöhnlich nur in den Sozialdemokraten die personifizierten Gesetzesverächter erblicken. Wer nicht unterschreibt, solle entlassen werden, und solche Fälle sind eingetreten. Die Crimmitschauer Arbeiterführer werden feinerzeit erfahren, daß die erpresste Unterschrift ihrer Arbeiter sie von den gesetzlichen Unfallleistungen nicht befreit.

Nach einer andern Richtung versuchen die Unfallversicherungen sich ihre Verpflichtungen dadurch möglich zu erleichtern, natürlich auf Kosten der Arbeiter, daß sie die Einführung einer Kostentaxe für die Appellation an das Reichsversicherungsamt befürworten. Letzterem muß man das Zeugnis ausstellen, daß es die ungerechten Urtheile auf Entschädigung an Berufungsläden auf erfolglos Berufung in vielen Fällen aufhob und zu Gunsten der Arbeiter entschied. Das wurmt die offiziell so sozialreformistisch sich gebenden Ausbeuter, und sie möchten die Berufung durch Einführung einer möglichst hohen Taxe erschweren. Ferner ist in einer Versammlung von Vertretern der Unfallversicherungen in Rön angeregt worden, eine Art Lehranstalt für solche bei Unfällen Berufungsläden zu gründen, die noch im Gefährlich ihrer gefunden Kräfte sind, um ihnen die Erlernung einer Handfertigkeit zu ermöglichen und den dadurch möglich gemachten Verdienst an der Unfallentschädigung zu sparen.

Alle diese Vorschläge zeigen, daß schon jetzt die Unternehmerschaft die ihr durch die neuere Sozialgesetzgebung auferlegten Verpflichtungen herzlich satt hat. Wie wird's erst werden, wenn noch die „Rechnung des Gebäudes“, die Alterspensions- und Invalidenkasse, der Wurm, der nicht zum Leben kommen will, in Kraft tritt? Man darf sich da auf recht nette Dinge gefaßt machen. —

In der letzten Woche ist endlich die gerichtliche Verfolgung in Sachen der vorjährigen Brunauer Passafestfeier zum erstenmaligen Austrag gekommen. Sämtliche Angeklagte wurden verurtheilt, und zwar 10 Mann zu Gefängnis in der Höhe von 2 Monaten bis zu 10 Tagen und 3 Frauen zu 2 und 3 Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof nahm an, daß sämtliche Angeklagte wußten oder wissen hätten können, daß die Polizei jene Passafestfeier verboten hatte und sonach in jener Massenversammlung eine Verletzung des sozialistengesetzlich erlassenen Verbots vorliege. Wenn der Gerichtshof zu der Auffassung kam, daß der § 9 des Sozialistengesetzes durch die Brunauer Zusammenkunft verletzt wurde, warum bestrafte man da nur jene fünf und läßt die übrigen Tausende leer ausgehen? Es hätte sich recht nett gemacht, wenn 8 oder 4000 Angeklagte die Anklagebanden hätten, aber das Sozialistengesetz wäre alsdann wieder einmal ins rechte Licht gesetzt worden.

Das letztere geschah übrigens durch einen andern Akt des Berliner Landgerichts. Im Februar dieses Jahres war der Schriftsteller Baake und seine Ehefrau unter dem Verbot, verbotene Schriften zu verbreiten, verhaftet worden. Nach achtstägiger Untersuchung wurde schließlich das Ehepaar aus der Haft entlassen, um laut Entscheidung der Strafkammer des Landgerichts I vom 16. Mai zu erfahren, daß die eingeleitete Untersuchung auf Verletzung des § 19 des Sozialistengesetzes und der §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuchs keinerlei Anhalt für die Einleitung der Strafverfolgung ergeben habe. Die Weiden haben also achtzig Tage nutzlos und von diesen achtzig Tagen mußte die hochschwangere Frau Baake drei Wochen in der Untersuchung für Sympilische verbringen! Der ganze Vorgang wirkt das härteste Streiflicht auf unsere Rechtspflege, die in diesem Falle wieder einmal fast an russische Zustände erinnert.

Weiter wurden in der verflochtenen Woche in Berlin der Schloffer Joh. Starke zu 2 Monaten, der Former Kampfenkel zu 6 Wochen Gefängnis und des Letzteren Ehefrau zu 30 Woch Selbststrafe wegen der Verbreitung anarchistischer Schriften verurtheilt. Der Einrede der Angeklagten, daß die Schriften ihnen von Unbekannten zugegangen worden seien (Frau Kampfenkel behauptete geradezu, ein verkappter Polizist habe sie gebracht) schenkte der Gerichtshof keinen Glauben. —

Eine wichtige Entscheidung fällt die sechste Strafkammer des Berliner Landgerichts I. Dieselbe entschied, daß die Einlegung von Schriften in die Korridore nach vorherigem Klingeln nicht als eine Verbreitung an öffentlichen Orten angesehen werden könne. Die erste Instanz (Schöffengericht) hatte anders entschieden. Es handelte sich um Verletzung der in Berlin erlassenen polizeilichen Vorschrift, monach für die Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Orten die vorherige polizeiliche Genehmigung notwendig sei. —

In Rön und Eberswalde wurden sozialistische Flugblätter verbreitet und wurden dabei einige der Verbreiter polizeilich dingfest gemacht. —

Nach der Zahl der Hausdurchsuchungen zu urtheilen, die seit einigen Wochen die Eberswalder Polizei und Staatsanwaltschaft in der Expedition der Eberswalder „Freien Presse“ vornimmt, scheint das Anlagematerial gegen unsere dort schon seit über sechs Wochen verhafteten Genossen sehr dürftig zu sein. Eine solche Hausdurchsuchung fand bisher jede Woche statt. Mit der Dauer der Untersuchungsdauer korrespondiert die Härte derselben. Um eine Beschränkung vor Gericht zu unterzeichnen, wurden die Verhafteten geschlossen vorgeführt. Wiederum echt russisch! —

Die deutschen Buchdruckerprinzipale organisieren sich, um geschlossen den Tarif der Schriftsetzer, der am 1. Oktober 1888 ins Leben trat, zu kündigen, selbstredend um einen niedrigeren Tarif einzuführen. Die Gehältern ihrerseits sammeln Mittel, um gegebenen Falles den angebotenen Kampf mit allem Nachdruck führen zu können. Kommt es zum Kampf, so darf man auf den Ausgang gespannt sein, aber wie immer die Würfels fallen, die sozialistische Bewegung hat den Vorteil davon. Siegen die Gehältern, dann erst nach ungeheuren Opfern, die dem Wohlthun für sich machen werden, daß die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit sich wiederherstellt. Unterliegen die Gehältern, so wird diese Erkenntnis ihnen noch eindringlicher gepredigt. Vielleicht kommt die Majorität der Gehältern in diesem Kampf auch zur Einsicht, daß seine Köpfe in die Richard Partei der Rebellanten des Gehälternorgans „Correspondent und früher ein großer Sozialdemokrat) an der Spitze des Verbands wohl Uebel sind. Mit Duden und Kriegen vor Oben erreichen die Arbeiter nichts.

— Die Irthum und ein Häutchen Wahrheit. Die „Neue Zürcher Zeitung“, die nach langem Zögern endlich auch in der Ausweisungfrage „ihre Herz entdeckt“, oder richtiger wiederzugeben hat — es war ihr anfangs aus Schred über die Wirkung ihrer Hegeleien irgend wohin verloren gegangen — beschäftigte sich jüngst in einem Artikel „Die Schweiz und die sozialistische Propaganda“, mit der Widerlegung des Vorwurfs, die Schweiz sei, weil sie unsere vier Genossen ausgewiesen, ihres Ursprungs unwürdig geworden, nicht mehr ein Hort der Freiheit, wie zu der älteren Zeiten. Es verlohnt sich, auf diesen Artikel mit einigen Worten einzugehen.

„Ein Grundirrtum ist es“, schreibt das Organ der Zürcher Liberal-Konfessionen, „anzunehmen, als ob die Männer auf dem Rüst und

die Gränder unserer politischen Freiheit überhaupt politische Schwärmer gewesen, die sich mit großen weltverändernden Plänen getragen. Es waren vielmehr äußerst ruhige und praktische Leute, die nur das Nächstliegende, Erreichbare im Auge hatten und die auch von einem gesunden Egoismus besetzt waren. Sie wollten nicht Neues gründen, sie wollten nur das Neue, das ihnen der Fortschritt aufzulegen wollte, nicht ertragen, sie wollten bleiben, was sie bisher waren, freie Glieder des Reichs und nur dem Kaiser unterthan. Dem Kaiser bleibe, was des Kaisers ist, wer einen Herrn hat, dien' ihm pflichtgemäß.“

Die Männer im Rüst gründeten ihren Bund, um das Neue abzuwehren und das Alte festzuhalten. Und dies gelang ihnen und mit der Zeit noch mehr. Der Bund erweiterte sich, aber erst nach heftigen Kämpfen, nicht bloß gegen die äußeren Feinde, sondern auch der einzelnen Glieder unter sich, von denen die Einen in engen Grenzen sich halten wollten und sich darum mit aller Entschiedenheit gegen die Ausdehnung des Bundes wehrten. So wenig war den alten Schweizern die Idee der demokratischen-republikanischen Propaganda zu eigen. Und diejenigen, welche die Erweiterung des Bundes durchsetzten und ihr eigenes Gebiet vergrößerten, dachten wahrlich einzig nur an den Machtzuwachs, der dadurch der Eigenschaft und den herrschenden Geschlechtern zufließt, keineswegs aber an eine Ausdehnung des Reichs der Selbstbestimmung auf die neu gewonnenen Landstriche. Man mag es bedauern, daß unsere Altvordern des demokratischen Bewusstseins mangelten. Sie sind also in dieser Hinsicht als Ideal hinterlassen, von dem wir abgewichen sind, das ist geradezu widersinnig.“

Bis hierher ganz richtig, und es wäre nur zu wünschen, daß man auch anderwärts, z. B. bei Festreden, der Historischen Wahrheit gegenüber der Legende zu ihrem Rechte zu verweisen und diese letztere nicht bloß da zerstreuen wollte, wo sie der Redaktion ungenügend ist, sondern auch da, wo sie von ihr heute noch mißbraucht wird. Die Gränder der Eidgenossenschaft waren durchaus keine Schiller'schen Schwärmer, sondern recht nüchterne Realpolitiker, wie man heute sagen würde. Aber damit, mit diesem Häutchen Wahrheit, ist auch die Weisheit der „Neuen Zürcher Zeitung“ erschöpft, die Annahme, die sie aus ihm zieht, ist total verkehrt.

Es ist nämlich keinem vernünftigen Menschen eingefallen, die Männer auf dem Rüst als demokratische Republikaner im modernen Sinne des Wortes hinzustellen. Wo aus sie exemplifiziert wurde, geschah es mit Beziehung auf ihren Widerstand gegen entwürdigende Zumuthungen von nichtschweizerischer Seite. Hier ist der entscheidende Punkt, um den die „Neue Zürcher Zeitung“ trotz aller historischen Seitenhänge nicht herumkommt. Die Gegenstände, um die es sich zu den verschiedenen Zeiten gehandelt, sind Lebensfrage, Hauptfrage ist: wie wurde die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft gewahrt? Und solange die „Neue Zürcher Zeitung“ den Nachweis schuldig bleibt, daß die Ausweisung nicht auf Verlangen der deutschen Reichsregierung und nicht im Widerspruch mit der heute in der Schweiz herrschenden republikanischen Prinzipien erfolgt sei, solange läßt ihr der Hinweis auf den „gehunden Egoismus“ der Urschwitzer keinen Deut. Der Egoismus, der zur Aufgabe der errungenen Selbstständigkeit führt, ist eben kein gesunder Egoismus.

Welcher Art die Motive waren, denen die Eidgenossenschaft ursprünglich ihre Entstehung verdankt, ist unweissentlich gegenüber der Thatsache, daß die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft auf dem Wege der Rebellion, des Aufstandes gegen despotische Unterdrückung errungen wurde. Aus ihr hat das Schweizervolk seit Jahrhunderten die moralische Kraft, die Begeisterung gezogen, deren es bedurfte, die Eidgenossenschaft aufrecht zu erhalten und zu einem wirklich freien Gemeinwesen umzugestalten. Ohne diese Freiheitsabstammung wäre sie längst gefallen. Verlassen an dem, was die „Neue Zürcher Zeitung“ den „gehunden Egoismus“ der Urschwitzer nennt. Solange die bevorrechteten Geschlechter die natürlichen und anerkannten Vertreter der Nation waren, konnte ihr Klassenegoismus ein Faktor der nationalen Freiheit werden. Seitdem das aufgehört hat, seitdem das Volk die Herrschaft der Geschlechter abgeschüttelt, ist das Umgekehrte der Fall. Der Egoismus der Reichen — und den hat ja doch die „Neue Zürcher Zeitung“ im Auge — ist die größte Gefahr für die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft. Welche Rolle er aber in der Ausweisungfrage spielt, darüber ein andermal.

— Worte eines Republikaners. Auch in unserm Blatt mögen die trefflichen Worte eine Stelle finden, welche der Landmann Blumer von Glarus jüngst in seiner Eröffnungsrede an der Glarner Landsgemeinde gesprochen. Sie enthalten einen nicht misszuverstehenden Protest gegen die Tendenz, die Schweiz zum Handlanger der Polizeistaaten herabzuwürdigen. „Es wird den Bund der Eidgenossen“, sagte Herr Blumer, „nicht schwächen, sondern mächtig fördern, wenn sich die Gesetzgebung in der Eidgenossenschaft in einer ähnlichen Richtung bewegt, wie in unserm kantonalen Gemeinwesen, wenn ebenfalls die Sorge für diejenigen, welche die Hilfe zumist bedürfen, in vorderste Linie gestellt wird, und wenn derselbe Unabhängigkeitssinn herrscht, wie er in unserm Landsgemeindekantone Gott sei Dank noch unverletzt erhalten worden ist. Wenn wir den schranken und werthvollsten Schmutz unseres Landes, die Prinzipien eines freien republikanischen, nicht mehr rein zu erhalten wagen würden, so hätte unser Staat keine Existenzberechtigung mehr, was müßte sein Niedergang, sein Verfall eintreten, wie denn noch alle Republiken ruhmlos zu Grunde gegangen sind, in welchen der stolze republikanische Geist bei Volk und Vordrben geschwächt oder erloschen war. In einer Zeit, wo allerorts die Reaktion ihr Haupt wieder erhebt, gilt es mehr als je, den freisinnigen Traditionen unseres Landes, den Grundgesetzen der Verfassung treu zu bleiben, die Ausdehnung der Gesetzgebung zu Gunsten der tieferen Volksklassen zu fördern und die Fahne der eidgenössischen Befreiung unermüdet hoch zu halten. Dann wird unser kleines Land ein geachtetes, freies und glückliches Land bleiben, das die geschichtliche Aufgabe, die ihm beschieden, ehrenvoll erfüllen wird.“

Wraso. Und diese Worte haben in einer demokratischen Republik einen wirklichen Sinn, denn es sind keine Versprechungen, die hinterher nicht gehalten werden, sondern Aufforderungen zur That.

— Eine gute Dressur haben die deutschen Staatsanwälte — das muß man ihnen zur Ehre nachsagen. Unter Bonaparte dem Kleinen wurde auch drüben in Frankreich Großes in der Dressur der Staatsanwälte geleistet — allein, sei es nun das lebendige französische Naturell, welches im Wege stand, oder was sonst für ein Grund es gewesen sein mag — genug, dann und wann ließ irgend ein Prokurator über die Schnur, die schon mechanisch-militärische Unformität des Denkens und Handelns war gestiftet, und der Effekt ging verloren. Wie ganz anders bei uns im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitten! Welche großartige Leistungen! Der Bismarck'sche Hengst ist in Schatten gestellt. Das best-dressirte Schulzfeld reicht nicht entfernt an unsere Staatsanwälte heran.

Wir loben nicht ohne Grund. Wir haben auch das gute Sprichwort wohl im Gedächtnis: „Man darf den Tag nicht vor dem Abend loben.“ Unsere Staatsanwälte sind keine bloßen Paradeeser, die auf dem Exerzierplatz ihre Sache vortrefflich machen, dann aber im Feuer der Kopf decken und dressurwüthige Seitenhänge machen. Sie haben die Probe bestanden. Und was für eine Probe! Als der fatale Zwischenfall, daß der alte Wilhelm gegen alle Berathung etwas zu früh starb, das programmwidrige Interregnum herbeiführte hatte, und als der Hausmeister mit seinen Kymidonen den Kampf um Dasein gegen seinen rebellisch gewordenen Souverän beginnen mußte, und die gesamte, den Befehlen des Hausmeisters unterstehende Replik und Karierepresse von direkten und indirekten Majestätsbeleidigungen frogte — da war der große Moment gekommen. Da hatte die Dressur ihre Feuerprobe zu bestehen. Sollten die Staatsanwälte, dem Gebote der juristischen Pflicht folgend, zugreifen und die Majestätsbeleidiger hinter Schloß und Riegel bringen?

Ober sollten sie, dem Gebot der politischen Pflicht folgend, die juristischen Augen zudrücken und, nach der erhabenen Regel: der Zweck heiligt das Mittel, die Berechtigung, die Heiligkeit, ja die Heiligkeit dieser staatsmännlichen und staatsrettenden Majestätsbeleidigungen anerkennen und die Fluth der Majestätsbeleidigungen sich ungehemmt weiter ergießen lassen?

Das war die Frage. Und siehe da! Mit Ausnahme eines einzigen, offenbar fortgeschritten angefertigten Staatsanwalts in Wittenberg oder Rittenberg, der so pflichterhaft und staatsmännlich war, der trockenen juristischen Pflicht den Vorrang einzuräumen, hat nicht ein einziger deutscher Staatsanwalt sich nicht auf der Höhe der Situation gezeigt. „Das Wohl des Reichs ist das oberste Gesetz“ — dachten diese antiken römischen Charaktere — das Wohl des Reichs aber ist das Wohl des großen Mannes, der das Reich geschaffen hat; und wenn das Wohl des großen Mannes, d. h. seine Stellung als Hausmeister der Hohenpollern, in Frage kommt, dann haben die seltigsten Majestätsbeleidigungen — und prasselten sie wie ein Hagelwetter hernieder, nicht das Mindeste zu bedeuten. Er hat es so gewollt, SEHR Wille und SEHR Wohl sind das oberste Gesetz!

Und wie gesagt, nur ein einziger Staatsanwalt, der die Probe nicht bestand. Welcher Triumph der Dressur! Hänge Dich, Hengst, mit Deinen Bierfäßchen hast Du solche Resultate auch nicht annähernd erreicht!

Und — o Triumph des Triumphs! — o Bräuter der Bräutel — Jetzt erfahren wir die wunderbare Mähr, daß ein Staatsanwalt das Kunststück fertig gebracht hat, einen Majestätsbeleidigungsprozeß gegen ein Oppositionsblatt amnestieren, daß die polizeiwüthige Naturwidrigkeit, die die Nichtanstrengung von Majestätsbeleidigungsprozeßen verwunderlich zu finden. Um seine Bewunderung zu erklären, hatte der betreffende Zeitungsbekannter einen der Majestätsbeleidigungs-Artikel abgedruckt. Für diesen Abdruck hat er nun sich selbst als Majestätsbeleidiger zu verantworten, denn die hochpolitischen Gründe, welche dem Hausmeister und seinen Beuten die Majestätsbeleidigungen erlauben, so zur staatsmännlich-patriotischen Pflicht machen, sind für einen staatsfeindlichen Oppositionsmann natürlich nicht vorhanden. Und außerdem der Mann noch eine Anklage wegen Bismarckbeleidigung, Bismarckbeleidigung (weil er sich gewundert, daß der von ihm abgedruckte Artikel keinen Staatsanwalt zu einer Anklage bewogen hat) und der Himmel weiß, wegen noch wie viel anderer Beleidigungen und sonstigen Delikte erhalten.

Und da sage man noch, daß unsere Staatsanwälte kein „schneidiges“ Pflichtgefühl hätten — und auch, unter Umständen, nicht dann und wann einmal einen guten Will — auf Kommando — zu machen verständen.

Zum Schluß ein Wort: Was wir hier erzählt, ist keine Schuurre. Es entspricht aufs Genauste den Thatsachen. Das Oppositionsblatt, an welchem die staatsmännlich-patriotische Dressur ihr höchstes Meisterstück geleistet hat, ist die „Neuruppiner Zeitung“, erschienen in Neuruppin. (Inzwischen ist noch gegen mehrere Oppositionsblätter, die demselben Artikel abgedruckt, das Strafverfahren eingeleitet worden, so daß wir demnach das Schauspiel eines Volkendurchs von Majestätsbeleidigungsprozeßen erleben könnten, dem die — oppositionellen Teller der Majestätsbeleidigungen zum Opfer fallen. Es scheint das bloß noch ein auch den Bildschäfer aus oculos zu demonstrieren, wie vollständig in Deutschland alle Rechtsbegriffe auf den Kopf gestellt worden sind — und zwar von unserer lieben Justiz. Den schweizerischen Bismarck-Anbetern empfehlen wir, sich die Sache etwas genauer anzusehen. Red. b. „S. D.“)

— Fortschritte auf dem Gebiete der „Rechtspflege“. Man schreibt uns aus Sachsen:

„Die Stadt Leipzig hat in letzter Zeit eine nicht unbedeutende „Berühmtheit“ durch ihre Sozialisten, Landesverräther und Anarchisten Prozesse erlangt, worin sie sämtliche andere Städte überflügelt hat. In erster Linie sorgt das Reichsgeschicht durch seine „brillanten“ Gesetz- und Rechtsauslegungen schon mehr als reichlich dafür, daß Leipzig in der Weltgeschichte einen unvergänglichen Ruhm und Namen haben wird; und wenn einstens Libervus, welcher Reits das Gegenüber von dem sagte, was er dachte, vergessen sein wird, so wird das Reichsgeschicht noch im Munde der Menschen leben und Erinnerungen an Deutschlands tiefe Schmach und Verkommenheit wachrufen.“

Wächst dem Reichsgericht gehörig Staatsanwalt Hängschel mit dem Hing-Rahlens-Orden, die Palme auf dem Gebiete der „Rechtspflege“. Dieser Mann sät jeden Sozialistenprozeß aus Reizung. Ob dabei seine Finten verloren gehen oder nicht, ist ihm gleich, wenn er nur diese „Bande“ vertragen kann. Bei der Unternehmung legt er eine Nothzeit an den Tag, um die ein russischer Untersuchungsrichter ihn beneiden könnte. Wer noch nicht unversöhnlicher Sozialist ist, wird es durch die Behandlung des Staatsanwalts Hängschel. Bei dem geringsten Vergehen gegen das Sozialistengesetz wird Untersuchungsakten verhängt. Bei jedem Prozesse tritt, auf Befehl, der Polizeibehörden Hängschel als Zeuge auf und beschwört: „daß der Angeklagte zu den hervorragendsten Agitatoren gehört.“ Kein Untersuchungsgefangener wird nach der Verhandlung entlassen, während in Berlin das sogenannte Zentralkomitee schon vor der Verhandlung auf freiem Fuß gelassen wird. Die Sittlichkeitsverbreiter Straßberger und Richter, welche 2 1/2 Jahre Zuchthaus bekamen, wurden gegen Kaution auf freiem Fuße gelassen und einer konnte in Folge dessen — ausweichen. Gegenwärtig sitzen wieder 25 Familienväter je zwei Monaten in Untersuchung, weil sie ein Flugblatt verbreiteten, oder verbreitet haben sollen. Die Aufführer des Leipziger Kreditbank dagegen, welche den Millionenbetrag Jerusalem und Winkelmann zur Flucht verfaßten, können heute noch vergnügt in Kurbachs-Keller bei Rüstern und Champagner sitzen. Solche Verbreiter werden nicht in Untersuchungshaft genommen, obgleich sie eingestandenemmaßen drei Tage lang den Diebstahl verschwiegen, und dadurch erweisenemmaßen die glückliche Flucht ermöglicht haben. Hätte aber ein Arbeiter, wie seiner Zeit Genosse Schubarman, der auch bei der Verhandlung freigesprochen wurde, einen Freund ein Päckel mitbringen helfen, der Arbeiter würde sofort verhaftet und nach Umständen ein Vierteljahr in Untersuchung gehalten werden. Aber Aufsichtsräthe, die zum Theil Freunde des Herr Hängschel sind — solche Verbreiter werden nicht verhaftet.

Während in Berlin die Mitglieder des sogenannten Zentralkomitees zwei bis drei Monate Strafe erhalten, bekommen in Leipzig Genossen wegen einfacher Verbreitung von Schriften acht bis zehn Monate Gefängnis. Kurzum, himmelschreiende Urtheile, welche die Richter empfinden müssen.

In Berlin weiß man seit einem Jahre fast Niemanden mehr aus, wenn er sozialistengesetzlich verurtheilt ist. Dagegen in Leipzig leben, auch wenn er bloß 14 Tage Strafe erhalten hat. In Berlin hat man natürlich derartigen Gedanken nicht zugänglich. Leipzig weiß zehnmal mehr aus als Berlin. —

Im Bunde der Dritte ist die Polizei, welche kein anderes Blatt in Leipzig duldet als den „Sozialdemokrat“. Wird in Leipzig ein Blatt herausgegeben, wie das in Berlin seit 10 Jahren ohne Verbot geschahen ist, so wird es sofort verboten. Kein Wunder, daß vor „Sozialdemokrat“, nach Angabe der Regierung, 1000 Exemplar in Leipzig allein gelesen werden. Das ist, wieder nach Angabe der Regierung, ein Zwölftel der gesammten Auflage. Und das Gleiche miß wohl auch von den übrigen verbotenen Schriften gelten.

Bergegenwärtigt man sich dieses ganze Treiben, so könnte man fast zu dem Schlusse kommen, die Leipziger Gerichte, Polizei und Staatsanwälte seien geheime Sozialisten, welche mit aller Gewalt das und Rahe einerseits, Adhärenz und Skel bei allen unabhängigen Menschen andererseits hervorrufen wollen, damit sie mit der so Gemischten sympathisieren und schließlich sich der Partei anschließen. Viele Gegner sind empört über die maßlosen Verurtheilungen der Sozialisten, und viele lassen ihnen in Folge dessen Untersuchungen zu Theil werden, was früher nicht geschah.

Herr Hängschel will, nach eigenem Geständnis, den Herren Richter einen Damm entgegenstellen; fortwährend baut er mühsam seinen Damm auf, und fortwährend wird der Hängschel'sche Damm durch die Sozialistenfluth wieder weggespült. Wie lange wird sich noch dem eben Gedanken hingeben: die Sozialisten zu vernichten! Mit jedem neuen Prozesse steigt die Abonnenantzahl des „Sozialdemokrat“, und die Unterjüngeren stehen reichlicher. Herr Hängschel dafür besten Dank!

Dies das Korrespondenz. Der Verfasser kennt Herrn Hängschel sehr genau, und was er schreibt, ist die Wahrheit. „Aber warum so persönlich sein?“ Je nun, weil man den politischen Kampf nicht führen kann ohne die Personen der Feinde, die uns persönlich angreifen und persönlich am Krage zu packen und persönlich zu fächigen. „Aber nur nicht diese feste Sprache!“

*) Was meinte wohl der schweizerische Bundesrath, wenn wir gegen solche Zustände „aufreisten“ und gegen die elenden Beamten, welche diese skandalösen Vorgänge veranlaßt haben, eine „beleidigende Sprache“ führten? Und würden die unteren Beamten solche Rechtsverständigkeiten wagen, wenn sie nicht der Straflosigkeit, ja der Bestrafung von Oben sicher wären? Red. b. „S. D.“

Motiven handelt, sondern sich nur darum die besten Kräfte bedient, weil es sonst, wie die Welt ist, überhaupt auf ein Wirken verzichten müsste. Fast alle Menschen handeln aus persönlichen Motiven, also unfrei, und sind daher nicht im Stande, die Notwendigkeit einer großen Idee zu fassen, weil eine solche immer auf die Allgemeinheit geht, also nur einem selbstlosen und freien Geiste entspringen kann. Der geniale Mensch wird daher vollständig verlassen bleiben, wenn er es nicht versteht, die Menschen bei ihren persönlichen Interessen zu fassen, also den Teufel zu Hilfe nehmen, um seine Idee realisieren zu können. Hier ein Beispiel braucht, kann sich den Fürsten Bismarck und seine Art, zu handeln, näher ansehen, er wird alsdann darin die beste Illustration zu obigen Worten finden. Auch Fürst Bismarck wird niemals, wenn er eine große, der Gesamtheit dienliche Idee gefasst hat, für diese ohne weiteres die Menschen zu interessieren suchen. Er weiß, daß es verlorene Mühe ist. Die Menschen haben ihre persönlichen, ihre Partei-, Ständes- und Familieninteressen; von einem freien und großen Blick ist nicht die Rede. Da heißt es denn, mit allen Mitteln dem einmal ersehnten Ziele zutreiben und die Menschen dazu bringen, das als ihr persönliches, Partei- oder Ständesinteresse anzusehen, was eigentlich nur im Interesse der Gesamtheit liegt. So wird mit Zufuhrnahme des Egoismus der Menschen, also mit Unterstützung des Teufels, das Gute realisiert, das sonst einfach nur Idee bliebe, denn die Übergroße Mehrheit der Menschen ist unedel und vermag sich nicht über das eigene enge Ich und den nächsten Umkreis desselben zu erheben.

So schreibt dieser wunderliche Heilige. Also Bismarck bedient sich „unreiner Mittel“. Jedoch dem Reinen und dem Genie ist alles rein. Der Reine und das Genie dürfen lügen, küssen, rauben, morden — sie haben ein Recht dazu.

Unsere Vorfahren pflegten den Gedanken etwas anders auszudrücken — sie hatten keinen Respekt vor dem „Genie“, und kannten nur den Erfolg. Darum sagten sie: Die großen Spitzbuben läßt man laufen, und die Kleinen hängt man.

Freilich — ein, übrigens nicht wesentlicher, Unterschied ist doch zwischen uns und unsern Vorfahren: wir lassen die großen Spitzbuben nicht laufen, sondern behalten sie häufig im Amt.

Es geschehen Zeichen und Wunder. Der „Kleine“ Belagerungszustand über Spremberg, der am 23. Mai abgelaufen ist, wurde nicht verlängert. Unsere Leser entsinnen sich, auf welsch frivole „Gründe“ hin derselbe vor zwei Jahren verhängt worden ist. Bei der Frühjahrsestratung 1888 hatten einige junge Rekruten ein Taschentuch an einen Stuhl gebunden und waren singend durch die Straßen gezogen. Ein brutaler Polizeist, der später sogar zur Strafe für seine Provocationen verurteilt wurde — und das will in Preußen doch viel heißen — rempelte die etwas angehetzten jungen Leute an, provozierte einen Aufruhr — und deutsche Richter sandten sich natürlich auch für exorbitante Strafen. Paktamer-Bismarck benutzte dies zur Verhängung des kleinen Belagerungszustandes, den der Bundesrat mit offenerartiger Geschwindigkeit approbierte, und der Reichstag nahm den Beschlussestüberbericht beidemal mit gemohntem Schweigen und Kopfnicken an.

Nun liest man in deutschen Blättern, dieser „Kleine“ sei nicht mehr verlängert worden. Soll Paktamer ein Gefühl der Scham über die Privatität dieser harten und völlig unbegründeten Maßregel empfunden haben? Aber über alle anderen Städte, über Berlin, Hamburg, Leipzig, Frankfurt, Stettin u. wurde er auf eben so nichtige und nichtswürdige „Gründe“ hin verhängt! Ja, sogar ohne die bei Spremberg gegebene „direkte Veranlassung“! Und hebt man ihn in Spremberg auf, warum nicht auch in den anderen Städten?

Dumme Frage! Die Verhängung war ein Willkürakt, die Aufhebung ist's desgleichen. Wo für die Verhängung die Gründe fehlten, müssen sie auch für die Aufhebung fehlen. Wir erleben's vielleicht in den nächsten Tagen schon, daß diese Aufhebung des „Kleinen“ einfach die Folge einer Vergesslichkeit war — in dieser widerspruchsvollen Zeit des „Interregnums“ eben nur zu sehr begreiflich!

„Einen großen Raubzug gegen das konsumierende Publikum und in erster Linie gegen die Arbeiter plant man gegenwärtig wieder in Deutschland. Kroch der unerschöpflichen Streikbeweise,“ schreibt man der Wiener „Gleichheit“ aus Norddeutschland, „welche voriges Jahr eingeführt wurden, ist den adeligen und juristischen Großgrundbesitzern der Preis des Roggens u. noch nicht hoch genug, und so kündigen und denn die Offizien an, daß der Bundesrat von einer ihm zustehenden Bewilligung Gebrauch machen und gegen russische Einfuhrartikel eine 50prozentige Erhöhung des Zolltarifs in Kraft treten lassen werde. Es würde dann der Doppeltrentner russischen Roggens einen Zoll von Mk. 7.50 zu tragen haben, was einer Belastung von circa 80 Prozent des Wertes gleich käme. Da Roggenrost nebst Kartoffeln der Hauptbestandteil der Nahrung der im Nordosten Deutschlands lebenden Arbeiter ist, so wären es natürlich diese Kerntzen, welche unter der unverschämten Drahtweinstener so schon schwer leiden, welche auch diese neue Belastung hauptsächlich tragen müßten.“

Der Nordosten liefert das Rekrutenmaterial zu den „Kernregimentern“ der preussischen Armee. Wollen wir hoffen, daß es der Bismarck'schen Staatskunst, deren Ausfluß ja Maßregeln der vorgezeichneten Art sind, gelingt, auch in diesen Gegenden den Proletariern etwas mehr Licht anzuhaken?

Die patriotische Drehkrankheit, die sich gegenwärtig im deutschen Bürgerthum in einer Kaiser-Wilhelm-Denkmal-Wuth äußert, gibt natürlich den wohlgeleiteten Bourgeois wieder willkommenen Gelegenheit, sich als die Erbpächter des Patriotismus hinzustellen. Seit sie nach 1848 auf ihre politische Selbstständigkeit verzichtet, war ja für sie Patriotismus und händisches Kriechen vor den Fürsten und deren Günstlingen fast ein gleichbedeutender Begriff. Es ist, als hätten die deutschen Städte ein förmliches Wettrennen ihrer Behörden veranstaltet, denn jeder Bürgermeister und jedes Stadtverordnetenkollegium möchte gar zu gern immer mehr Geld als die andern auf Kosten der Steuerzahler hinauswerfen, mögen darüber auch die dringenden sanitären Pflichten vernachlässigt werden. So kam jüngster Tage dieser Rode-Patriotismus auch im Rannheimer Stadtverordnetenkollegium zur Sprache; nur war der Stadtrat so schlau, vorerst kein 10,000 Mark für das Wilhelm-Denkmal zu fordern, in der stillen Hoffnung wahrscheinlich, diese Summe ohne Opposition durchzubringen; als diese Hoffnung zu Schanden wurde, gestand der Bürgermeister auch ganz offen zu, daß noch weitere Forderungen nachfolgen werden. Natürlich entstand große Entrüstung, als ein sozialdemokratischer Hecht in diesem „patriotischen“ Rappentisch, Genosse Dreesbach, sich gegen diese Bewilligung aussprach. Es sei hier nicht der Platz, gegen das Denkmal zu sprechen. Wenn man ein Denkmal bauen wolle, solle dies aus freiwilligen Beiträgen geschehen; man solle aber Niemanden dazu zwingen, etwas zu dem Denkmal zu leisten. Stadtverordneter Dissenö (wohl der karikaturbräuerliche Kandidat bei den letzten Reichstagswahlen) schlug nun natürlich die patriotische Rührtrömel: „Es ist sehr traurig, wenn man Jemanden, der den Namen Deutscher führt, erst zwingen muß, sein Geschenk zu dem Denkmal für den verstorbenen Kaiser beizutragen; gerade Herr Dreesbach und dessen Genossen hätten volle Ursache, dem enteigneten Kaiser dankbar zu sein. Ich will hier nicht darauf eingehen, was Kaiser Wilhelm vollbracht und gethan, wenn aber je Jemand ein Denkmal verdient hat, so war er es. Ich hätte nicht geglaubt, daß nur eine einzige Stimme sich gegen den Antrag erheben würde. Nicht als ob ich befürchte, daß die Stimme des Herrn Dreesbach gewichtig genug wäre, an der einmütigen Bewilligung dieser Summe etwas zu ändern, ich habe das Vertrauen zu diesem Kollegium, daß es in dieser Frage eines Sinnes ist.“

Nach dieses Vertrauen des Herrn Dissenö, der seine Pappenhimer kannte, wurde auch nicht geküßelt, mit allen gegen 2 Stimmen wurden die ersten 10,000 Mark bewilligt, nachdem Dreesbach dem Kartellbruder noch folgendermaßen heimgeändert: „Wenn mein Vordredner sagte, daß es traurig sei, wenn ein Mann, der den Namen Deutscher führt, erst dazu gezwungen werden müsse, für das Denkmal etwas beizutragen, so läßt mich das sehr kalt. Auch ich habe ein Gedächtniß für Kaiserliches, was der verstorbene Kaiser gethan. Er hat sich ein dreibändiges Denkmal gesetzt in den Herzen der vielen Tausende, die durch ihn heimatlos geworden sind.“

Nach dieses Denkmal wird auch dann noch bestrafen, wenn alle von Erz und Stein verschwunden sein werden.

Der im Herbst in London stattfindende internationale Gewerkschaftskongress wird von Seiten der deutschen Arbeiterpartei nicht befragt werden. Die englischen Einberufer konnten sich nicht entschließen, den Anforderungen der deutschen Arbeiterpartei, welche diese in Rücksicht auf die hier zu Lande bestehenden gesetzlichen Schwierigkeiten zu stellen gezwungen waren, entgegenzukommen, und so sehen sich denn Letzteren genöthigt, auf ihrem ablehnenden Standpunkte zu verharren.

Vom Standpunkte der Solidarität der Arbeiter aller Länder aus mag dieser Ausweg zu bedauern sein, andererseits aber ist doch auch zu erwägen, ob ein Zusammenwirken mit Männern, welchen ersichtlich jedes Verständniß für die Verhältnisse, unter denen das Gros der kontinentalen Arbeiter lebt, fehlt, überhaupt von irgend welchem praktischen Erfolg hätte begleitet sein können. Die deutsche Arbeiterpartei aber wird sich ihrer internationalen Verpflichtungen unter allen Umständen bewußt bleiben, darin wird sie sich weder durch die phylloxerhafte Beschränktheit einzelner sogenannter Arbeiterführer, noch durch die Schamlosigkeit und Niedertracht der Regierungen irre machen lassen.

Amerika. Die Lohnbewegung geht gegenwärtig in den Vereinigten Staaten in hohen Zügen. Am meisten Interesse beansprucht der Streik der Brauerei-Arbeiter, der von den vereinigten Brauereibesitzern in den verschiedensten Städten gegen die Organisation der Arbeiter in Gestalt eines allgemeinen Ausschusses der Unions-Mitglieder vor sich geht. Der über die organisierten New Yorker Brauereiarbeiter verhängte „Lockout“, schreibt der New Yorker „Sozialist“, geht jetzt in die fünfte Woche, und noch immer ist ein Ende nicht abzusehen. Dieses Sondergefecht in dem großen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit ist für den gegenwärtigen Charakter dieses Kampfes durchaus typisch. Wir setzen da auf der einen Seite Arbeiter, welche noch vor zwei Jahren dem Gedanken der Organisation fast unzugänglich waren, gleich im ersten heftigen Feuer sich im Großen und Ganzen wirklich musterhaft halten, zum Theil, weil sie gelernt haben, das Arbeiterklasseninteresse zu verstehen und nach seiner Richtschnur zu handeln, zum Theil, weil sie sich getragen fühlen durch die frumme Solidarität der übrigen, insgesammt zu ihnen haltenden Arbeiter. Auf der anderen Seite haben wir echte Vollblutkapitalisten vor uns, welche die extremsten kapitalistischen Tendenzen verfolgen: Vernichtung der Arbeiterorganisation um jeden Preis, um — wie in der „guten alten“ Zeit — den Arbeitsklassen Lohn und Arbeit nach Gutdünken vorzuschreiben, Zerstörung des kleinen Stambetriebs und Versuch, auch die gesammten Wirtschaftsbereiche nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen, und zur Festigung des Ganzen: Bildung eines Großbrauereitrusts, um den gesammten Markt nach Belieben zu beherrschen. Beide Parteien kämpfen anscheinend mit vollem Bewußtsein: die Arbeiter alles dessen, was sie zu verlieren haben von dem bisherigen Stande, und die frumme Organisation ihnen bot; die Kapitalisten in der vollen Erkenntniß, daß selbst die größten Opfer ihnen im Falle ihres Sieges zehnmal wieder zurückfließen würden. Es ist immer noch eine offene Frage, welche von den beiden unmittelsbar im Konflikt stehenden Parteien — den Brauereibesitzern und ihren Arbeitern — diesmal den Erfolg auf ihrer Seite haben wird. Aber gleichviel, wie die Sache auch zu Ende gehen mag — es wäre ja möglich, daß die Arbeiter durch den Hunger schließlich genöthigt werden, nachzugeben oder einen Kompromiß einzugehen — die organisierte Gesamtarbeiterschaft New Yorks, welche die Sache der Brauereiarbeiter zu der ihrigen gemacht hat, darf sich ihrerseits auf keinen Kompromiß einlassen. Für sie heißt es, mit der ihr zu Gebote stehenden Waffe des Boycotts den Kampf fortzuführen mit unerbittlicher Rücksichtslosigkeit. Ihnen darf der Brauereikonflikt nicht für erledigt gelten, ehe nicht die Brauereibesitzer sich unterworfen haben. Solange das nicht geschehen ist, muß die Boycottbewegung weiter geschwungen, solange sollte überhaupt der ganze Brauereikonflikt wegen seines vorerwähnten typischen Charakters als Anknüpfung, als Boden für eine schneidige Agitation gegen den gesammten Kapitalismus und seine Tendenzen gründlich ausgenützt werden.

Korrespondenzen.

Newmünster in Ostpreußen. Die Rai. Heute habe ich über ein Ereigniß an diesem Orte zu berichten, das nicht bloß unser Lokalinteresse, sondern auch das der gesammten Arbeiterpartei und Partei in Anspruch nehmen dürfte. Bekanntlich ist die Tuchmacherei hier der Hauptnahrungszweig. Am 16. Mai legten nun über 500 Mann die Arbeit nieder, nachdem ihre Forderung auf Verlängerung der Mittagspause von 1 auf 1 1/2 Stunden von den Fabrikanten abgelehnt worden. Schon seit Ende April steht diese Frage hier auf der Tagesordnung. Am 26. April fand eine erste Versammlung statt; die zur Anbringung dieser Forderung beim Fabrikantenverein gewählte Arbeiterkommission wurde alsbaldig beschieden, und der Sprecher der Versammlung durch Entlassung gemacht. In einer späteren gemeinschaftlichen Sitzung wollten die Fabrikanten für Montag und Samstag die Verlängerung der Mittagspause um eine halbe Stunde gewähren; wenn die Arbeiter sie auch an den andern Tagen wollten, so müßten sie eben früh oder Abends länger schaffen. Die Arbeiter ermäßigten ihre Forderung auf 20 Minuten, die Fabrikanten schlugen auch dies ab und kündigten an dem Tage sofort allen auf festen Lohn angestellten Arbeitern. Daraufhin erfolgte seitens der Arbeiter die allgemeine Arbeitniederlegung mit Ausnahme der landungsunfähigen Lohnarbeiter, circa 400 Mann, die nach Ablauf dieser Frist ebenfalls streiken werden. Damit stehen dann alle Fabriken der Textilbranche still.

Dies ist die ganze Arbeiterbewegung am Streik betheiligte. Wir haben es mit einem geschlossenen Fabrikantenverein zu thun, der es rundweg ablehnte, mit dem Fachverein zu unterhandeln. Das erschwert uns zwar den Kampf, unser Sieg ist aber dann auch ein um so schwererer Schlag für den Fabrikantenverein. Einzelne kleinere Fabrikanten haben dem Streikkomitee gegenüber erklärt, die Arbeiter könnten die halbe Stunde zwar gerne bekommen, aber hier handle es sich um eine Nachfrage, die Fabrikanten könnten sich von den Arbeitern keine Vorschriften machen lassen.

Diese Nachfrage muß nun ausgelämpft werden. Dazu gehört aber vor Allem, daß die Streikenden unterstützt werden können. Newmünster hat sich in der Arbeiterbewegung die letzten Jahre sehr gehoben, und ist für die Provinz der ausschlaggebende Ort. Wir müssen daher Alles aufbieten, die Streikenden einigermaßen zu unterstützen. Es gilt die Verkürzung der Arbeitszeit; kommen wir damit durch, so ist der erste Schritt zum Normalarbeitsstag gethan, der gerade für unsere Textilbranche um so notwendiger ist, als bekanntlich darin noch die längste Arbeitszeit herrscht.

Arbeiter, Genossen, heist uns in diesem Kampfe! Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe. Alle Gelder und Briefe sind zu senden an:

Franz Schneider, Haart 28, Newmünster i/O.

Sprechsaal.

An die Redaktion des „Sozialdemokrat“ in Zürich.

Eine am 8. März in Buenos Aires abgehaltene öffentliche Versammlung von deutschen Landleuten hat nach allseitiger Diskussion über die letzte Sozialistenwahl im Reichstag folgende

Resolution

gefaßt:

„Die Versammlung spricht den sozialdemokratischen Abgeordneten des deutschen Reichstags für die Aufhebung und allgemaine Darlegung des von der Reichsregierung im Jm und Ausland gebrauchten Spionagesystems ihre volle Anerkennung aus, ebenso allen

denjenigen Beamten und Privatpersonen in der Schweiz, welche in wirksamer Weise zur Erreichung dieses Zweckes mitgeholfen haben. Ueber diese, von der deutschen Reichsregierung im Kampfe gegen die Arbeiterpartei durch erwähnendes System in Anwendung gebrachten, allen Rechts und Billigkeitsbegriffen widersprechenden Maßregeln spricht die Versammlung ihre Mißbilligung und Verachtung aus.“

Buenos Aires, 4. März 1889.

Im Auftrage der Versammlung:
Der Präsident.

Zur allgemeinen Beachtung.

Wir machen unsere Genossen allerorts darauf aufmerksam, daß eine große

Mitgliedskarte der Organisation der deutschen Sozialisten in der Schweiz,

sei sie in Zürich oder anderswo ausgestellt,

keinerlei Empfehlung für den Inhaber

bei den Parteigenossen in sich schließt.

Unsere Organisation ist eine öffentliche, der Zutritt steht Jedem offen, der unser Programm anerkennen erklärt, und gegen den keine Gründe für Nichtaufnahme vorliegen.

Die Vertrauensleute in Zürich.

Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einsendungen erhalten aus: Newmünster, Schingen

Für die Zeitschrift erhalten: Einsendungen aus Orlitz, P. betr. Notiz genommen.

der Expedition: h: P. R. v. 23/5. hier. Abg. gelöst. Bk. mehr. — Bierbach: Abg. v. 24/5. hier. Bk. mehr. — Die roten Kalender: Fr. 22 — (Mk. 17 25) à Cto Ab. erh. — Attache: Bk. v. 24/5. hier. Abg. notifiziert. Betreffend Abrechnung demnachst Röhre, wie auch über G. W. mit dem Anderen in Zukunft nur nicht so lange stille halten, wenn Kostritz nicht pünktlich eintrifft. Von hier Reis pünktlich abg. — Auch Nachr. v. 28. sowie überhaupt Alles hier. Also nun endlich. — Claus Groth: Bk. v. 24/5. hier. Rebakk. befragt. — G. J.: Abg. notifiziert. Reb. übergeb. — Graudis: P. R. v. 25/5. hier. Erwarten sofort Röhre. Von uns ging an S. nicht. Bk. Weiteres. — Bk.: Alles eing. Weiteres Bk. — Graf u. Danl. — Steineich: Bk. vom 25/5. erh. Kellam u. Abg. notirt. Bk. folg. — „Mare West“, vergriffen. — Röhre Gelbsack: Bk. u. R. v. 26/5. hier. Angeregtes erledigt. Abg. notifiziert. — Raimund: (Bw. 18.55) Fr. 27 10 à Cto Ab. u. Fr. 1 — Straßporto erh. Abg. notirt. — Redak. spige: P. R. erh. u. notirt. — „R.“: Kostritz erh. — J. B. G.: Bk. v. 24/5. erh. Gemüthliches notirt. — C. S. in B.: Bk. erh. Abg. ged. — Rüh u. Kraft: Bk. v. 27/5. hier. Abg. notirt. Weiteres Bk. — H. J. G.: Mk. 200 — à Cto. Ab. u. Mk. 100 — pr. Hakenkreuz (Bk. Bk. erh. Abg. notirt. — Rothbart: Bk. v. 27/5. erh. Abg. notirt. Abg. erh. Weiteres Bk. Von dem Rk. fehlt Bescheidenes. — Df. erh. folg. Weiteres Bk. Von dem Rk. fehlt Bescheidenes. — Df. erh. Bk. v. 27. erh. Bk. notirt. Rk. unterweg. Kostritz erm. — Die Rotte Dk.: Bk. v. 28/5. erh. Bk. u. Abg. notirt. Weiteres Bk. — Commerzienrath: Bk. v. 28/5. erh. Von Eisenen Häuten Mk. 11 — Affordarbeiter u. seinem Vater Mk. 3 —, auf einer Bleicher-Pfingsttour im Schwarzwald beim guten Wein gesammelt Mk. 4 —, zur. Mk. 18 — pr. Kd. Bk. gutgr. — Goldstein: Bk. gelöst. — J. L. Lavamend: Fr. 4 — Ab. 2. u. 3. Du. erh. — J. M. Stöck: Fr. 6 — Ab. Kd. 2. Du., Ab. 3. Du. erh. Ihnen gutkommend pr. 4. Du. 90 Pfg. — Pischhaube: Fr. 202 66 à Cto. erh. Bk. notirt. Weiteres brieflich. —

Für's Recht Edg. von Roderich Bk. erh.
Aus Cincinnati Fr. 100 eingegangen. Von wem? Wofür?
Hollschuchhandlung

Anzeigen.

Zürich Samstag, den 2. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale (3 Treppen hoch) des Schwannen (Stadt):

Öffentliche Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Produktivgenossenschaften und Staatsbetrieb.

Referent: Dgr. Mang.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlich ein

Der Lokalausfluß.

Jedermann hat Zutritt.

Zur Beachtung.

Allen Genossen, welche nach Amerika (New York) reisen, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich sofort nach ihrer Ankunft nach dem Hauptquartier der Sozialistischen Arbeiterpartei:

Nr. 25 Dr. 4. Street,

zu begeben.

Ferner diene Allen, welche gezwungen sind, um Unterstützung nachzusuchen, zur Nachricht, daß solche nur gegen Vorzeigung von Legitimationen neueren Datums, unterzeichnet von bekanntem Vertrauenspersonen, gewährt werden kann.

Berufung auf Genossen, welche schon längere Zeit hier im Lande sind, kann nicht berücksichtigt werden.

Das Unterstützungs-Komitee der S. W. P. Sektion New York.

[18<]

Soeben erschien und ist durch und zu beziehen:

Sozialdemokratische Bibliothek.

Heft XXII. Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. Von W. L. Biednicht.

Preis: 30 Pfg. = 40 Cts.

Heft XXIII. Kleine Kuffäße. Von F. Zaffalle.

Preis: 30 Cts. (40 Pfg.)

Porto und Versandkosten außer der Schweiz kommen zu Lasten der Besteller.

Bestellungen auf die „Sozialdemokratische Bibliothek“ werden erbeten. Die Hefte werden auch einzeln abgegeben.

Verlagsbuchhandlung und Expedition des „Sozialdemokraten“ in Zürich.

Verlag: Verlagsbuchhandlung und Expedition des „Sozialdemokraten“ in Zürich.